

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P., für das deutsche Reich und ganz Deutschland 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Zeitzeile: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. — Columnen resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Reklame 3-gespalten 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

6. Sitzung vom 10. März.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Fürst von Bismarck, von Bülow.

Eingegangene Entschließungen des Bundesraths auf Beschlüsse des Reichstages.

Das Haus beginnt die zweite Lesung des Etats.

Das Haus erledigt zunächst ohne Debatte die Etats des Reichstaats, des Reichsfiskus und der Reichskasse, sowie im Ordinarium des auswärtigen Amtes.

Im Titel II der einmaligen Ausgaben sind ausgenommen als Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten Bestrebungen 150 000 Mark.

Herr Dr. Wichow bringt die schon im aufgelösten Reichstage von ihm erwähnte Veränderung, welche die Regierung hinsichtlich der Verwendung dieser Fonds habe eintreten lassen, wiederum zur Sprache und bemerkt: Die hier bewilligten Gelder wurden von der Regierung zur Beihilfe verwendet für Reisen, welche von der afrikanischen Gesellschaft zur Erforschung von Centralafrika eingeleitet wurden, und wir glauben, daß die Gesellschaft die Bedingungen, unter denen diese Gelder dem Reichstage bewilligt wurden, stets erfüllt hat. Im Laufe der Jahre ist die Gesellschaft mehr und mehr auf's Trockene gesetzt worden, indem man ihr gar keine Zuwendungen aus diesen Fonds gemacht hat, so daß sie gänzlich zwecklos erscheint. Dagegen hat der Herr Vertreter der Bundesregierung bei Gelegenheit der Erwähnung dieser Sache im aufgelösten Reichstage hervorgehoben, daß die Bundesregierung sich noch immer dieser Gesellschaft als eines Rathes bedienen. Aber auch dieser ist doch sehr cum grano salis sogar „salissimi“ zu verstehen. Die Thatsache ist einfach die, daß kein Fleißig für diejenige Zwecke, welche hier in Aussicht genommen sind, verwendet worden ist. Die Antwort auf die Frage, ob die Regierung in der That die afrikanische Gesellschaft nur als Rath hat haben will, oder auch zu praktischen Zwecken, wird wesentlich Einfluß haben auf die Organisation und Finanzierung der Gesellschaft, welche aus Beiträgen der Mitglieder im Wesentlichen besteht. Der Reichstag hat ein Recht, die Frage, was eigentlich aus diesen Fonds gemacht wird und gemacht werden soll, zu stellen. Beim vorigen Mal habe ich keine Auskunft darüber erteilen können. Ich erlaube mir nunmehr direkt die Frage an die Regierung zu richten: wünscht dieselbe, daß die afrikanische Gesellschaft liquidirt, daß dieselbe künftig nur noch als wissenschaftlicher Beirath existirt, will sie die Gesellschaft zu praktischen Zwecken gebrauchen und was will sie überhaupt mit den Fonds anstellen?

Geheimer Legationsrath Krenel: Der Herr Vorredner ist hier auf einen Punkt zurückgekommen, den er schon im vorigen Reichstage bei Besprechung dieser Position angeregt hat. Er hat gefragt: „Was ist im vorigen Jahre mit den damals vom Reichstage bewilligten afrikanischen Fonds gemacht, und warum hat die afrikanische Gesellschaft, welcher in früheren Jahren aus diesen Fonds für ihre Zwecke eine größere Summe zugewiesen worden, im vorigen Jahre nichts erhalten?“ Ich bin in der Lage, darauf eine ausführliche Antwort zu erteilen, und wenn ich mich auf die Hervorhebung der Hauptpunkte beschränke, so hoffe ich, daß Sie diese Informationen als genügend ansehen und wie im vorigen Jahre, so auch für das kommende Etatsjahr die eingestellten 150 000 Mark bewilligen werden. Was zunächst das Verhältnis zu der afrikanischen Gesellschaft betrifft, so hatte ich schon voriges Mal die Ehre, Ihnen zu sagen, daß wir bei Verwendung dieser Fonds auch im laufenden Etatsjahre nach eingehender Prüfung und Erwägung der von der afrikanischen Gesellschaft vorgelegten Pläne vorgegangen sind. Wie der Reichstag das bereits bekannt sein wird, hat die afrikanische Gesellschaft als solche niemals Fonds von dem vorhandenen Gelde erhalten, sie hat nichts erhalten für Sekretariat, für Bureau und dergleichen, sondern nur für Reisen, welche sie ausgesandt hat. Der Plan für die Forschungsreisen, welche die Gesellschaft in verschiedene Theile Afrikas auszusenden, wurde der Aufsichtsbehörde unterbreitet und, wenn gebilligt, erhielt die Gesellschaft die dafür erforderlichen Mittel. Nun hat im vorigen Jahre die Gesellschaft überhaupt keinen Reisenden nach Afrika gesandt, und schon aus diesem Grunde waren wir nicht in der Lage, aus den vorhandenen Mitteln Reisende der Gesellschaft zu unterstellen. Als wir uns zum Beginn des Jahres 1885 mit der afrikanischen Gesellschaft in Verbindung setzten, um über Verwendung dieser Fonds zu berathen, waren 2 Expeditionen der Gesellschaft unterwegs: Eine von dem verstorbenen Reisenden Siegel nach dem Niger-Nil-Gebiet, die andere nach dem südlichen Kongo, wo Wissmann und andere sich bereits festgesetzt und Stationen gegründet hatten. Die Fortführung beider Expeditionen mußte als ausichtslos betrachtet werden, Siegel, wie bekannt, hatte am Niger-Nil bereits eine englische Gesellschaft vorgefunden, welche alle seine Pläne durchkreuzte und die Erreichung der von ihm beabsichtigten Zwecke unmöglich machte. Siegel selbst hatte daher in amtlichen Briefen an das auswärtige Amt bereits seine Zurückberufung beantragt und dieselbe damit motivirt, daß ihn von privater Seite die Mittel, welche er zur Erreichung seiner Ziele bedurft, versagt worden seien, und daß sein Verbleiben auf diesem exponirten, jetzt der englischen Interessensphäre überlassenen Posten gegenstandslos sein würde. Das auswärtige Amt hat diesem Antrage entsprochen, und wir waren daher nicht in der Lage, wie die Gesellschaft es damals angeregt hatte, zur Fortführung dieser Expedition Mittel zu bewilligen. Das war die eine Expedition. Die zweite Expedition, welche die afrikanische Gesellschaft damals gründete, bewegte sich, wie gesagt, in den Gebieten des südlichen Kongo. Diese Expedition hatte von Anfang an mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen; verschiedene Reisende, welche die Gesellschaft ausgesandt hatte, waren gestorben, andere mußten wegen Krankheit zurückberufen werden. Die Gesellschaft selbst bezeichnete im amtlichen Schreiben an das auswärtige Amt es als ausichtslos, die Expedition in der anfangs geplanten Weise fortzusetzen, meinte aber, man könnte einen Nebenfluß des Kongo, welcher, wie man vermuthete, eine nordwestliche Richtung einschläge und bis in das Hinterland von Kamerun reiche, verfolgen und würde dadurch in die Lage kommen, einen gewissen Theil des afrikanischen Kontinents, welcher mit dem Hinterlande von Kamerun in Verbindung stünde, für das deutsche Reich zu gewinnen. Auch diese Voraussetzung war eine unrichtige. Wir hatten damals schon durch diplomatische Abmachungen mit der französischen Regierung die Interessensphäre im Hinterlande von Kamerun scharf abgegrenzt; es war daher überflüssig, daß auch seitens der Beamten und Reisenden der afrikanischen Gesellschaft in denselben Sinne Expeditionen unternommen wurden. Wir haben dies der afrikanischen Gesellschaft mündlich und schriftlich mitgetheilt und zugleich hervorgehoben, daß es jetzt beabsichtigt wurde, nachdem diese beiden von der Gesellschaft ausgesandten Expeditionen nicht in der anfangs beabsichtigten Weise fortgeführt werden könnten, die Gelder zu konzentriren auf die Erforschung der noch ganz unbekannten Hinterländer der deutschen Schutzgebiete von Kamerun und Togo. Niemand im Hause wird es besser wissen, als der Herr Vorredner, daß die terra incognita in dem afrikanischen Kontinent nirgends so dicht an das Küstenland heranreicht, wie südlich von der Kamerunbucht bis zum Gabonfluß, welche dem deutschen Schutze unterstellt wurde. Es war daher die Aufgabe, eine Durchforschung dieser Gebiete vorzunehmen, wie sie durchaus den vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben entspricht, zu deren Unterstützung dieser Fonds bestimmt ist. Wir machten der Gesellschaft hieron bereits am 2. März 1886 Mittheilung und forderten

sie auf, uns ihre bewährten Kräfte zur Verfügung zu stellen, um an der wissenschaftlichen Durchforschung dieser afrikanischen Gebiete theilzunehmen. Die Gesellschaft erklärte sich hieran bereit in einem Schreiben vom 20. März, und wir sind später mit ihr mündlich und schriftlich in weitere Berathungen über diesen Gegenstand eingetreten, die damit geendet haben, daß die Gesellschaft den Plan billigte, daß man zunächst versuchte, von der Küste aus kleinere Vorstöße in das noch ganz unbekannte Hinterland von Kamerun zu machen. Die Gesellschaft ängerte sich später dahin, daß eine wissenschaftliche Beihilfe überseits an diesen Aufwandszwecken, den voranschreitenden Kosten, welche damit verbunden sein würden, nicht entsprechen würde, daß es sich vielmehr empfehlen würde, eine dauernde wissenschaftliche Station einzurichten. Das auswärtige Amt als Aufsichtsbehörde ist auf diesen Plan eingegangen, und es wird beabsichtigt, im nächsten Jahr mit den vorhandenen Mitteln eine permanente wissenschaftliche Station im Kamerungebiet einzurichten nach einem von der Gesellschaft unterbreiteten Plane, der in seinen wesentlichen Punkten bereits genehmigt ist. Die Verwirklichung dieses Planes hängt von der Neubewilligung der hier in Frage stehenden 150 000 M. ab.

Was nun die Verwendung des Afrikafonds im laufenden Etatsjahre betrifft, so ist dieselbe dem damals der Gesellschaft mitgetheilten Plane gemäß ausschließlich zur Erforschung des Hinterlandes von Kamerun verwandt worden. Zu diesem Zwecke ist ein auch von der Gesellschaft empfohlener Dr. Jung, der früher in belgischen Diensten bereits Forschungsreisen am Kongo unternommen hat, ausgesandt, und derselbe hat in einer Reihe von Reisen von der Küste aus die Wasserläufe erforscht und dabei die Schiffbarkeit dieser Flüsse untersucht, die Bodenbeschaffenheit, die Verhältnisse der Eingebornen und auch wissenschaftliche Forschungen und Untersuchungen gemacht; er hat Steinproben eingesandt und Proben von Pflanzen, die hier von wissenschaftlicher Seite untersucht sind und interessante Aufschlüsse gegeben haben. Als Ergebnis seiner Reisen hat der Gouverneur von Kamerun zusammen, daß aus den Berichten des Dr. Jung hervorgehe, daß überall ein fruchtbares, kulturfähiges und anscheinend auch gesundes Hügel- und Thalland zu finden ist, welche von einer ziemlich dichten, wohlhabenden und ihre Handelsmonopole eifrig verteidigenden Bevölkerung bewohnt werden, daß ein Reichthum an Vieh und, wenn nicht die vorhandenen Anzeichen trügen, auch Ueberfluß an Rauschstoffen vorhanden ist, sich mithin eine geeignete Aussicht bieten würde, daß die Entwicklung der Kamerunkolonie durch das Vorhandensein eines kulturfähigen und zum Theil schon der Kultur erschlossenen Hinterlandes in befriedigender Weise vor sich gehen wird. Wir haben uns nicht durchaus auf die nächste Küste beschränkt, sondern sind gelegentlich 50—100 Kilometer in das Innere eingedrungen und es ist die Hoffnung vorhanden, daß bis zum Ende des Jahres der ganze Küstenstrich bis zum Gabonfluß durchforstet sein wird. Der Gouverneur bezeichnet diese Reisen für werthvoller, als ein vorrätiges und planloses Eindringen in Centralafrika, welches schließlich nur anderen Interessen, sei es belgischen, französischen oder englischen, zu Gute kommen würde. Abgesehen von diesen Reisen, für welche der Gouverneur ein Fonds von 60 000 M. zur Verfügung gestellt war, ist der Bau eines Dampfers in Aussicht genommen, welcher es gestattet, auf den Flüssen weiter ins Innere vorzudringen, als es auf dem Landwege möglich ist. Nach den eingegangenen Entschlüssen werden die Kosten für diesen Dampfer 150 000 Mark betragen. Einen Theil davon hoffen wir mit dem Gelde zu decken, das noch im laufenden Etatsjahre zur Verfügung steht, der andere Theil wird in das nächste Jahr übergenommen werden. Um schließlich über den Zweck der Verwendung im nächsten Etatsjahre Auskunft zu geben, gestatte ich mir, Ihnen aus dem für die wissenschaftliche Station aufgestellten Programm kurz die Hauptpunkte vorzutragen. Es ist in Aussicht genommen, eine wissenschaftliche Expedition mit drei Persönlichkeiten einzurichten, welche folgende Aufgaben erhalten: dem Leiter der Expedition wird anvertraut die Erforschung der klimatischen und meteorologischen Verhältnisse, sowie die rein geographischen. Ihn fällt somit zu die reelmäßige Ableitung von Luftdruck- und Barometern, die Beobachtung der geographischen Ortsbestimmungen, der topographischen und nebenbei der photographischen Arbeiten. Zweitens: Ein Mediziner wird die Erforschung der Eigenheiten der einheimischen Menschen- und Thierwelt, sowie die Affinitätsbeziehungen der weißen Rasse im Schutzgebiete, die Anlage ethnographischer und zoologischer Sammlungen, die Anstellung ethnographischer, zoologischer, anthropologischer Beobachtungen, die Studien über Natur und Ursachen der klimatischen Nöthe und über die Hauptkrankheiten und die parasitären Erkrankungen, denen die Europäer in Westafrika ausgesetzt sind, übernehmen. Gleichzeitig wird er als Arzt für das weiße und schwarze Personal der Station fungiren. Drittens ist der Station ein Botaniker beizugeben, welchem obliegt, die Erforschung der Produkte des Pflanzenreiches und Versuche zu machen mit Nahrungsmitteln und Anbau von Pflanzen und Hölzern, vegetabilischen Produkten und pflanzenphysiologische und phytologische Untersuchungen anzustellen und die Anlage eines Gartens, in welchem einheimische und nicht einheimische Nahrungsmittel gezeugen werden sollen, erreicht wird. Wir hoffen, daß es auf diesem Wege gelingen werde, durch systematische, planmäßige Erforschung die Probleme, welche der afrikanische Kontinent bietet, zu lösen und diejenigen Interessen zu fördern, für welche dieses Afrika bestimmt ist, und ich glaube, daß wir uns bei diesem Zwecke im Einklang befinden mit der Mehrheit dieses Hauses, daß daher kein Grund vorliegt, für das kommende Etatsjahr die Bewilligung der geforderten Position abzulehnen.

Herr Dr. Wichow (fr.): Ich will in keiner Weise den Fonds bemängeln und nicht beantragen, ihn abzulehnen, aber ich konstatire gegenüber den Aussagen des Herrn Regierungskommissars, daß der hier ausgeworfene Zweck durch die in Aussicht genommenen Maßnahmen effizienter wird. Hier steht in dem Titel: „Beihilfe zur Förderung der auf Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen.“ Aber das, was der Herr Regierungskommissar mitgetheilt hat, bezieht sich nicht auf Centralafrika. Das man die Küstenstriche von Kamerun nicht Centralafrika nennen kann, brauche ich in diesem hohen Hause wohl nicht auszusprechen. Die afrikanische Gesellschaft hat sich niemals damit beschäftigt, die Küstenstriche zum Gegenstand ihrer Forschungen zu machen; sie ist gegründet, um jene terra incognita in Angriff zu nehmen, die hinter der Küste liegt. Damit will ich die Regierung also nicht beschuldigen. Der Hauptzweck dieses Fonds wird nicht erfüllt, sondern man will etwas Anderes machen, als hier vorliegt. Zweitens konstatire ich, daß in den Motiven gesagt ist: „Die auf die Erforschung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen.“ und damit war die wissenschaftliche afrikanische Gesellschaft gemeint. Jetzt will die Regierung sich selbst an diese Stelle setzen, sie will gouvernemental ihre Bestrebungen verfolgen. Das nennt sie auch wissenschaftlich. Wir haben aus Interesse daran, daß die Natur des Landes und die Landesprodukte uns erschlossen werden, und ich will noch meiner persönlichen Kenntniss angeschlossen, daß der für diese Maßnahmen von der Regierung gewählte Beamte ein außerordentlich befähigter Mann ist, der große Energie bewiesen hat und von dem ich hoffe, daß er noch Thätiges leisten wird. Das, was gemacht wird, halte ich für höchst richtig. Es ist aber nicht das, was in diesem Titel steht. Alle Fragen des Handels, ob das Kaufmann zu beziehen ist oder dergleichen, sind keine wissenschaftlichen Bestrebungen, sondern kommerzielle. Sie sind ja nothwendig, aber man darf sie nicht mit diesem Titel versehen. Wenn die Regierung darauf weiter nicht achtet, als

einen Hilfsfonds für die Kolonien, dann wird die Aufgabe, die früher mit Zustimmung des Reichstaats in Aussicht genommen war, daß Deutschland mitwirkte an der Erschließung Centralafrikas, aufhören. In dieser Beziehung darf ich sagen, wir haben auch eine recht nahe liegende Aufgabe, wenn wir das dunkle Hinterland von Kamerun ernsthaft in Angriff nehmen wollten. Herr Siegel hatte diese Aufgabe in Angriff genommen, aber zu meinem größten Kummer haben ihn die Kapitulanten dabei im Stiche gelassen. Dieser früher so viel gerühmte Unternehmungsgeist, der nicht Land genug finden kann, hat plötzlich ausgeblüht, wo Großes erreicht werden konnte. Damit war noch nicht die ganze Aufgabe, welche Herr Siegel erfüllen konnte, erledigt. Warum hat man ihn nicht weiter gehen lassen? Man konnte ihn in das Land tiefer hineindrängen lassen. Eine Aufgabe, die er als die Aufgabe seines Lebens betrachtete, hätte er erledigen können, wenn man ihm gestattet hätte, unter Aufsicht aller anderen Jenseits in das Hinterland zu Kamerun einzudringen; dann hätte man es vielleicht erreicht. Als er dann angestrichen, gebrochenen Herzens mit geknickten Hoffnungen seinen Abschied forderte, hat man ihm denselben bewilligt. Die Aufgabe der Gesellschaft, welche sich doch nicht bloß auf die Erforschung des Hinterlandes des Kongo, welcher von Norden her einmündet, erstreckte, wird doch dadurch nicht widerlegt, daß die Regierungskommissar sagt, man habe jenes Gebiet der Interessensphäre der Franzosen überlassen. Ich will im Augenblick über die Interessensphäre nicht streiten, ich fürchte aber, daß die Regierung da etwas hart ins Blaue hineinvertheilt auf Gebieten, von denen man noch nichts weiß. Da nun ich doch sagen, es wäre ganz nützlich gewesen — dem gewöhnlichen Menschen erscheint es wenigstens so — wenn man erst Jemand in das nördliche Hinterland hätte einbringen lassen, um zu erfahren, was welches Land es sich eigentlich handelt. Das ist nicht gegeben; man sagt: es gehört den Franzosen, da wollen wir nicht hingehen, es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Küste mit dem zugehörigen Gebiete. Will der Reichstag sich damit begnügen erklären, daß dieser ganze Fonds, der früher den Zweck hatte dazu zu dienen, die leeren Flecke auf der Landkarte von Centralafrika ausfüllen zu helfen durch wissenschaftliche Unternehmungen, in der erwähnten Weise verwendet wird, so will ich mich dem nicht widersetzen. Aber was man bisher gethan hat, die bloße Erforschung des Götterlandes von Kamerun und die Errichtung einer meteorologischen Station, ist nicht das, was hier gemeint ist: die Erschließung Centralafrikas durch wissenschaftliche Expeditionen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Vorredner macht uns einen Vorwurf daraus, daß die 150 000 M., die zur Förderung der Erschließung Centralafrikas und anderer Ländergebiete bestimmt sind, nicht wie früher verwandt, sondern zur Erforschung Hinterlandes durch Vermittlung des auswärtigen Amtes benutzt worden wären. Das auswärtige Amt ist aber durch keine Bedeutung in der Verwendung dieser Summe beschränkt worden. Es heißt einmal: „Das Innere des Welttheils.“ Um dahin zu gelangen, muß man doch irgendwo vom Rande ausgehen, und von welcher Seite man damit beginnen will, das glaube ich, wird am besten den Entschlüssen der Exekutivbehörde überlassen. Natürlich werden wir dem Theil den Vorzug geben, wo wir die Küste besitzen, natürlich nehmen wir auch Bedacht auf die wissenschaftliche Tragweite dessen, was geleistet werden soll. Ich und der Herr Vorredner stehen hier allerdings auf verschiedenen Standpunkten. Ich glaube bei uns von etwanda abweichenden Standpunkten handelt es sich darum, daß der Vorredner nur die abstrakte Wissenschaft fördern, die Regierung aber auch die angewandte Wissenschaft fördern will, diejenige Wissenschaft, welche auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, auf den Fortschritt des Verkehrs in Afrika und auf den Fortschritt der deutschen Kultur dort förderlich wirken kann. Daß wir diese Wissenschaft in die erste Reihe stellen, daraus glaube ich nicht, daß man vom nationalen Standpunkte aus einen Vorwurf machen kann. Früher haben die Forschungen vorzugsweise sich auf nicht-deutsche Gebiete beschränkt, doch haben wir ihnen nicht diejenige Unterstützung bieten können, die wir in den Gebieten genießen können, deren Zugehörigkeit zu Deutschland von den übrigen europäischen Nationen anerkannt ist. Deutsche Forschungen am Niger und Niger haben im günstigsten Falle mit dem tolerari posse der Engländer, im wahrhaftigsten Falle aber auch mit gewissen rivalisirenden englischen Interessen zu kämpfen, kurz, sie haben auf keine andere Unterstützung zu rechnen, als diejenige, die der wissenschaftliche Forscher in sich selbst und in den Geldern findet, die ihm mitgegeben werden. Von Beihilfe einer lokalen Autorität, überhaupt einer staatlichen Autorität ist dort keine Rede, im Gegentheil, nur von Hindernissen. Ich weiß nicht, welche Ergebnisse die Forschungen am Niger und Niger für die abstrakte Wissenschaft gehabt haben. Für deutsch-nationale Erhebungen sind sie vollständig fruchtlos geblieben.

Der Vorredner hat gewissermaßen ein Verlassen der Intentionen dieser Ausgaben darin gefunden, daß diese Summe nicht mehr nur der abstrakten Wissenschaft zugewendet werde, sondern der angewandten, derjenigen, die zugleich den Handels- und Verkehrs-Interessen nützlich sein kann. Ich finde darüber keine Vorstrafe, es ist nicht einmal gesagt, daß nur das Innere Afrika in Betracht komme, sondern es heißt ausdrücklich: „und andere Ländergebiete“, es ist also ein Fonds, der ebenso gut außerhalb Afrikas verwendet werden könnte. Ich gehe nur deshalb des Näheren darauf ein, um den Vorwurf zurückzuweisen, als hätte die Regierung die Verwendung dieser Summe nicht beschränkt auf diejenigen Gebiete, für welche diese Mittel bewilligt sind, und um an den Reichstag die Bitte zu richten, in dieser Beziehung fernherhin die freie Wahl der Regierung in Verwendung der Mittel nicht beschränken zu wollen, sondern ausdrücklich dem zuzustimmen, daß diese Forderung und die Mittel, durch welche sie bestritten werden, zwar der Wissenschaft gewidmet werden sollen, aber nicht ohne auf damit erzielte Resultate für nationale Interessen irgendwie zu verzichten, sondern daß diese Mittel womöglich nach beiden Richtungen hin verwendet werden. (Beifall.)

Herr Dr. Wichow (fr.): Ich habe darauf Werth gelegt, daß die ursprüngliche Aufgabe, für welche dieser Fonds gegründet worden ist, nicht etwa gänzlich von der Regierung aufgegeben werden möchte. Ursprünglich war dieser Fonds nur für Centralafrika bestimmt, der Juba, und anderer Länder, auf den der Reichskanzler im Augenblick so viel Werth legt, ist erst vor wenigen Jahren hinüberzufließen worden, als etliche andere Gesichtspunkte sich für die Kolonialpolitik ergaben. Wir haben dem nicht widersteht, indeß das ist als jetzt immer festgehalten worden, daß Deutschland es als eine Art von Ehrenpflicht betrachten muß, sich an der weiteren Erforschung des eigentlichen Centralafrikas zu betheiligen und die Konkurrenz seiner unternehmenden Männer denen anderer Nationen auf die Seite zu stellen. Das möchte ich auch dem Reichskanzler dringend ans Herz legen. Die Ausführungen des Regierungskommissars liegen uns befürchten, daß man sich von diesem großen Zwecke verliert in einen ganz kleinen Küstengebiet. Ich habe mich dem nicht widersetzt, aber ich möchte nur nicht, daß wir über diesen Nebenweg den großen Hauptzweck verlieren, für den der Fonds gegründet ist. Nun habe ich mich darüber besonders beschwert, daß man der afrikanischen Gesellschaft, die aus sämtlichen deutschen geographischen Gesellschaften gebildet ist und als Centralstelle ihren Sitz in Berlin hat, keine Subvention mehr für Ausübung der von ihr gewählten Reisen zu sehr verweigert. Der ursprüngliche Zweck des Fonds ist ja sehr verstanden, daß die afrikanische Gesellschaft im letzten Jahre keinen Fleißig mehr daraus bekommen hat und sich namentlich vor der Frage gestellt sieht, ob überhaupt ein Interesse vorliegt, daß sie ihre Existenz fortsetzt, ob sie nicht lieber ihre

Büro aufzulösen und ihre Beamten entlassen soll. Will das Deutsche Reich nichts mehr benötigen, so glaube ich, ist es von Nutzen, daß dieses Ganges und Ganges endlich aufhört und man sich darüber klar wird: will man die afrikanische Gesellschaft nach haben in Deutschland und Centralafrika zum Gegenstand weiterer Untersuchungen machen, oder will man das Alles aufheben und die bisher dazu bewilligten Mittel allein zu Bestrafungen verwenden.

Reichskammerherr v. Bismarck: Die Auflösung der afrikanischen Gesellschaft würde ich sehr bedauern. Sie kann es aber nicht befürworten, daß die Auswärtigen der Gesellschaft nicht anheim gegeben wird. Das ausdrückliche Amt wird für die Mitwirkung der Gesellschaft sehr dankbar sein, aber es kann seinerseits die Leitung dieses Zweiges nicht abgeben. Wenn der Vorredner Centralafrika in seinen letzten Worten noch einmal als Hauptgebiet der Forschung bezeichnet und dessen Erforschung als den Zweck, für den allein seiner Angabe nach die afrikanische Gesellschaft bestehen sollte, so nehme ich doch, daß der Vorredner unter Centralafrika nicht gerade den mathematischen Mittelpunkt von Afrika versteht, sondern im allgemeinen nur das, was man richtiger, glaube ich, die terra incognita von Afrika nennen könnte. Man ist merkwürdigerweise das Land hinter unsere Küstenkolonien sehr viel unbekannter, als beispielsweise das Kongogebiet und andere Gegenden Afrikas. Ich habe das Gefühl gehabt, daß es fast ehrenrührig für unsere Leistungen auf dem Gebiet der Wissenschaft wäre, wenn wir über das nördliche Afrika, was hinter den Küsten liegt, die wir in Besitz genommen haben, und keine Kenntnisse geben können, sobald das Land über zwei Tausende von der Küste entfernt ist. Eine Tagereise weit über wir allenfalls im Kamerungebiet vorgekommen, aber weiterhin sind wir mit den großen Länderstrecken, wo wir von keiner Kontinuität unserer europäischen und französischen Nachbarn in Afrika irgend etwas zu erfahren haben, viel unbekannter wie mit dem Kongogebiete.

Wir sind nun zum Aufgeben des Dienstes der afrikanischen Wissenschaft und zum Uebergang in den Dienst der angewandten Wissenschaft nicht ausschließlich aus eigener Erwägung veranlaßt worden, sondern auch mit durch das Urtheil derjenigen Gelehrten, dessen hervorragende Leistungen der Vorredner hier in seiner ersten Rede anerkannt hat, und dessen bedauerliches Schicksal er gewissermaßen mit auf unser Konto, in unsere Schuld schreiben wollte, als ob er an gekrochenerm Herzen untergegangen wäre, in Folge der Zurückhaltung, welche ihm gegenüber das ansehnliche Amt in der Verwaltung der Mittel gezeigt habe, vielleicht deshalb, weil er nicht mehr durch die afrikanische Gesellschaft die Mittel empfangen sollte, sondern direkt vom auswärtigen Amt. Nun hat sich aber Bessel in einem Briefe vom 20. April 1888 gerade in demselben Sinne ausgesprochen, wie ich vorhin: „Wenn die deutsche Regierung nicht bald damit beginnt, die Entdeckungen deutscher Forscher praktisch auszunutzen, wenn die deutsche Kaufmannschaft und Industrie sich nicht entschließt, ihre werthvolle Theilnahme der deutschen Forschung zugewenden und deren Folgen mehr Aufmerksamkeit zu widmen, wenn endlich die deutsche Forschung selbst nicht mehr Interesse zeigt, praktische Erfolge zu erzielen, so werden wir fortfahren, werthvolle Menschenleben zum Besten anderer Nationen zu opfern, die uns das wenig Dank wissen, wie wir das leider selber wissen.“ Ich glaube, hier ist der Gedanke von Bessel klarer und schärfer ausgesprochen, als es mir gelungen ist, weil ich auf diesen Vorwurf eigentlich nicht gefaßt und in der Sache nicht vollständig orientirt war.

Ich kann nur meine Bitte wiederholen: beeinträchtigen Sie die Regierung nicht durch irgend eine Klausel in Bezug auf die Verwendung in ihrem Bestreben, die Resultate, die durch die Wissenschaft erreicht werden können, auf Gebiete zu erweitern, wo sie praktische Erfolge für Deutschland haben, und nicht, wie Bessel sagt, zum Besten anderer Nationen dienen. Ich bitte Sie also, keine weitere Klausel, als bisher, der Bewilligung dieser Summe hinzuzufügen zu wollen. (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird unbedeutend bewilligt.

Bei Titel 4, Zuschuß zur Bekämpfung der Verwahrlosungen ausgaben in den Schutzgebieten Kamerun und Togo, sowie im südwestafrikanischen Schutzgebiet 85 000 Mark bemerkt.

Abg. Frhr. v. Suerbe (Centr.): Bereits in der vorigen Session ist in der Kommission eine Resolution gefaßt worden, in welcher die verbündeten Regierungen ersucht werden, die aus den Schutzgebieten sich ergebenden Einnahmen im künftigen Etatsjahr 1888/89 ersichtlich zu machen. Derselben Beschluß ist das Haus in seiner Mehrzahl beigetreten. Ich erlaube mir, diesen Antrag jetzt von neuem zur Beschlußfassung einzubringen.

Der Antrag des Abg. Frhr. von Suerbe wird ohne weitere Debatte angenommen. Der Titel wird bewilligt, eben so der Rest des Etats.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Bei Kapitel Besoldungen erhebt sich

Abg. Dr. Baumbach (Hr.): nach dem Schicksale einer Resolution, welche im vorigen Jahre vom Hause nahezu einstimmig angenommen worden sei. In dieser Resolution habe der Reichstag den Wunsch ausgesprochen, daß ihm mitgetheilt werden möchte, wie sich praktisch die Durchführung der Krankenversicherung der Arbeiter sowie die Unfallversicherung verhalten habe. Nebenher berührt dann noch einige Mängel, welche sich bei der Krankenversicherung gezeigt hätten und fragt, ob eine Revision des Gesetzes beabsichtigt sei.

Staatssekretär von Boetticher: Es ist eine Umfrage gehalten worden bei den Regierungen der Bundesstaaten, um festzustellen, welche Mängel sich bei der Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes und des Unfallversicherungsgesetzes herausgestellt haben und es ist nicht zu leugnen, daß dabei eine ganze Reihe von Wünschen hervorgetreten sind und daß bei einzelnen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes eine Abänderung gewünscht wird. Es ist aber von der Mehrzahl der Regierungen, namentlich der größeren Bundesstaaten die Zeit als ein viel zu frühe bezeichnet worden, um eine derartige Revision vorzunehmen. Die Mängel, die der Vorredner vorgeführt hat, sind nicht so dringend, daß sie einer sofortigen Abhilfe bedürften. Es dürfte gerathen sein, noch weitere Erfahrungen zu sammeln und dann alle die Mängel, die sich im Laufe der Zeit bei dem Gesetze herausgestellt haben, zusammenzustellen. Was dann die Vorlegung einer Denkschrift anbelangt, die sich mit der Verwaltung der Krankenversicherung zu beschäftigen haben wird, so ist diese erst dann möglich, wenn das eingegangene statistische Material geschickt sein wird. Ich habe bereits mit dem Direktor des statistischen Amtes gesprochen und habe erfahren, daß in einigen Monaten diese Denkschrift schon hergestellt sein wird, daß sie veröffentlicht werden kann. Wenn dann der Wunsch ausgesprochen ist, daß wir dem Reichstage auch die Erfahrungen mittheilen, welche aus den verschiedenen Kreisen über Mängel bei dem Gesetze eingegangen sind, so nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß wir gern Alles mittheilen werden, was uns zugehen wird.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Bei Kapitel 7a, Titel 1, Reichskommissar für das Auswärtigenwesen bemerkt

Abg. Dr. Dingeldey (Centr.) darauf hin, daß, während früher die deutsche Auswanderung ihren Weg vorzugsweise über Hamburg und Bremen genommen habe, die Auswanderung über Antwerpen eine erhebliche Steigerung erfahren habe. Die Ursachen dafür beruhten nach dem ihm, Redner, zugegangenen Mittheilungen zum großen Theil auf der Ausbesserung der Schiffe in Hamburg und Bremen. Während man in Antwerpen darauf ausgegangen sei, die Schiffe so auszubastern, wie es den Wünschen der Auswanderer entspreche, sei der Zustand der Zwischenräume auf deutschen Schiffen im wesentlichen derselbe, wie früher. Es ist das die Schuld der deutschen Rheeder, welche für die Auswanderer Schiffe zu wenig thun. Im Interesse unserer großen Rheederei und in dem Interesse der Auswanderer ist es notwendig, die Einrichtungen auf den Schiffen für die Auswanderer in Bremen und Hamburg zu verbessern. — Ferner hebt Redner hervor, daß seit vorigem Jahre eine große überseeische Auswanderung aus Ungarn und Rußland stattgefunden. Auf den Eisenbahnzügen, welche nach Bremen und Hamburg gehen, würden die Auswanderer durch englische und holländische Agenten für deren Linien gewonnen, wobei die Agenten sich sehr aufdringlich benahmen. Redner wolle dies zur Sprache bringen zum Zwecke dafür, mit welcher Sorgfalt der Reichsanwalt des Kaiserthums auf die Interessen der deutschen Aus-

wanderer Bedacht zu nehmen wisse, während man den unheimlichen Kommissaren darüber sich jetzt nichts mehr anheißt.

Abg. Voermann (Hr.): Ich möchte mir schon, als ich eben den Vorredner sprechen hörte, daß es sich wieder um den Kaiserthums-Bericht handelt. Was die speziellen Anlagen des Vorredners betrifft, so glaube ich, daß die Klagen darüber, es ginge ein großer Theil der Auswanderer jetzt nach Antwerpen anstatt nach Hamburg und Bremen, weil die Antwerpener Dampfsschiffe besser eingerichtet seien, unbegründet sind, denn in Hamburg und in Bremen ist der vom Reich angeordnete Auswanderungskommissar da, welcher dafür sorgt, daß auf den Schiffen Alles geschieht, was zum Nutzen der Auswanderer irgend möglich ist. Unsere Hamburger und Bremer Rheedereien stehen in keiner Hinsicht hinter anderen Rheedereien zurück, und es ist Unrecht, hier von der Trägheit des Reichstages aus zu behaupten, daß die Antwerpener Schiffe für die deutschen Auswanderer besser seien als die Hamburger und Bremer Schiffe. Unsere Schiffe sind im Gegentheil den Antwerpener Schiffen in jeder Hinsicht ebenbürtig. Ueber die Frage der weiblichen Bedienung ist ja häufig gesprochen worden, und unter fröhlicher Kollege Meier hat häufig erwähnt, wie bedenklich ihm die allgemeine Anstellung weiblicher Bedienung im Zwischenraumschiffe, gerade mit Bezug auf die Seefahrt sei. Was die Anwerbung der Auswanderer in Ungarn betrifft, so liegt das außerhalb der deutschen Reichsbehörden und außerhalb der deutschen Schiffsbehörden. Auch bei der Einschiffung dieser Auswanderer geschieht in Hamburg und Bremen Alles, was überhaupt geschehen kann.

Daß ein Theil der Auswanderer über Antwerpen geht, ist ganz natürlich, weil dort die Eisenbahnpassage weit billiger ist. Wenn das in den letzten Jahren zugenommen hat, so liegt das einfach darin, daß die Antwerpener Gesellschaft den Passagieren billigeren Bedingungen in Bezug auf die Passage nach Antwerpen stellen kann, namentlich für Reisende und Süddeutsche, als die Hamburger und Bremer Gesellschaften. Keineswegs darf man den großen Verkehr über Antwerpen darauf zurückführen, daß die Hamburger und Bremer Schiffe schlechter wären als die Antwerpener; im Gegentheil, ich kann wohl behaupten, daß sie in jeder Hinsicht denselben überlegen sind. (Beifall.)

Abg. Dingeldey sucht gegenüber den Ausführungen des Abg. Voermann durch Anführung statistischer Zahlen nachzuweisen, daß die Auswanderung über Hamburg und Bremen zurückgegangen sei. Die Ermäßigung der Eisenbahnpassagepreise habe auch früher bestanden, trotzdem sei damals der Auswandererstrom nach Hamburg und Bremen ein überaus starker gewesen. Jetzt sei er trotz der Herabsetzung der Fahrpreise in hohem Maße zurückgegangen. Wenn man die Verwaltungsmänner fragen wolle, so würde man erfahren, daß die Auswanderer in Antwerpen ein viel besseres Unterkommen finden, als in Hamburg oder Bremen, und daß dort mehr auf die Bedürfnisse der Auswanderer geachtet werde, als in den letzteren Häfen. Die Statistiken sollten darauf sein, wenn man sie auf dergleichen aufmerksam macht.

Abg. Voermann: Die Hamburger und Bremer Rheeder haben wirklich nicht nötig, dem Herrn Abg. Dingeldey dafür dankbar zu sein, daß er die Zahlen derjenigen Auswanderer nennt, welche über Antwerpen auswandern; diese Zahlen sind in Hamburg und Bremen ganz genau bekannt, und man weiß dort über diese Verhältnisse ganz genau so gut Bescheid, wie der Herr Abg. Dr. Dingeldey. Dagegen möchte ich noch konstatiren, daß in den letzten Jahren, als der große Kampf um die Passagepreise entbrannt war, ganz besonders in Nordamerika die Hamburger und Bremer Kompanien stets ihre Agenten hatten, welche dort in gewisser Hinsicht zusammenarbeiteten, um den Preis nicht herunterzubringen. In den Jahren, in denen von Antwerpen aus die Auswanderung so außerordentlich zunahm, bestand in New-York die sogenannte Kontinentalkonferenz, in welcher die sämtlichen Passagepreise der verschiedenen Linien geregelt wurden, und da wurde ausdrücklich festgesetzt, daß die Antwerpener und Rotterdammer Linien einen Vorzug von 4 Dollar haben sollen gegenüber den Hamburger und Bremer Linien, weil man sie den letzteren gegenüber nicht für ebenbürtig hielt. Dieser Vorzug wurde in Amerika bei der Preisbestimmung für die Passage der verschiedenen kontinentalen Gesellschaften den Antwerpenern zugestanden mit Bezug auf die sogenannten „prepaid“ — das heißt die Anmeldestellen, welche in Amerika für die Passage von Europa nach Amerika verkauft werden —, und zwar durften die Antwerpener und Rotterdammer Linien diese Anmeldestellen um so billiger verkaufen, weil sie anerkanntermaßen nicht diejenige Bequemlichkeit boten, welche die Hamburger und Bremer Linien hatten. Das war aber der Grund, weshalb die Antwerpener damals einen so starken Zufluß von Passagieren hatten.

Der Titel wird bewilligt.

Zu Kap. 7c (Wundesamt für das Heimathwesen) bemerkt

Abg. Frhr. v. Lo (Reichsp.): Ich möchte eine Anfrage an den Herrn Staatssekretär darüber richten, in welchem Stadium sich die Frage betreffend die Abänderung des Reichsgesetzes betreffend den Unterstützungswohnsitz befindet. Wir haben uns wiederholt im Reichstage mit der Revision des Gesetzes beschäftigt. Die Bundeskommissionen haben uns in den letzten Jahren wiederholt erklärt, daß Vorarbeiten zur Revision des Gesetzes gemacht würden, aber noch nicht zum Abschluß gebracht seien. Mit Rücksicht darauf hat man verzichtet, im Plenum diese Frage zu erörtern. Nachdem aber seit einer Reihe von Jahren jene gleiche Erklärung seitens der Regierungskommissionen abgegeben worden ist, würde es uns doch zu Dank verpflichten, wenn die Regierung uns Auskunft geben würde, ob diese Vorarbeiten zum Abschluß gebracht sind, oder ob man auf die Fortsetzung der Vorarbeiten verzichtet, so daß wir dann zu unserem Bedauern auf die Erfüllung unserer Wünsche betreffend die Revision des Gesetzes verzichten müßten.

Staatssekretär von Boetticher: Die Vorarbeiten für ein neues Unterstützungswohnsitzgesetz sind nahezu beendet; gleichwohl kann ich nicht in Aussicht stellen, daß schon in der nächsten Zeit Bundesrath und Reichstag sich mit der Beratung dieses Gesetzes befassen werden. Ihnen allen, die den früheren Beratungen über die Revisionen betreffend das Unterstützungswohnsitzgesetz beigewohnt haben, sind die außerordentlichen Meinungsverschiedenheiten bekannt, die über die Gestaltung eines solchen Unterstützungswohnsitzgesetzes bestehen. Sie alle wissen, daß das gegenwärtige Unterstützungswohnsitzgesetz namentlich in Süddeutschland sehr viele Gegner hat, während in Norddeutschland das Bedürfnis nach Abänderung des bisherigen Systems nicht in dem gleichen Maße hervorgetreten ist. (Sehr richtig.) Nun ist klar, daß, wenn wir überhaupt den Kreis der Aufgaben, die durch das Unterstützungswohnsitzgesetz erfüllt werden sollen, einschränken, um so weniger diese Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gebracht werden, daß sie um so mehr verschwinden werden, um so geringer das Interesse ist, welches die Gewernde oder Verbände daran haben, daß ihnen die Verpflichtung zur Fürsorge für ihre Armen auferlegt ist. Wenn wir im weiteren Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung dazu gelangt sein werden, daß ein großer Theil derjenigen Personen, welche jetzt der Fürsorge der öffentlichen Armenverbände anheimfallen, durch andere Verbände versorgt wird, durch die Berufsvereinigungen und diejenigen Verbände, denen wir die Alters- und Invalidenversicherung anvertrauen werden, so wird der Zustand eintreten, daß nur noch ein geringes Residuum solcher Unterstützungsbedürftiger vorhanden sein wird, auf deren Fürsorge das künftige Unterstützungswohnsitzgesetz sich erstrecken wird. Deshalb hält die Reichsregierung noch nicht den Zeitpunkt für gekommen, eine Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes vorzunehmen; sie hält es für gerathener, erst das nächste Stadium der sozialpolitischen Gesetzgebung abzuwarten. Wir hoffen, schon in der nächsten Session in der Lage zu sein, ein Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung dem Hause vorzulegen. (Beifall.) Wenn sich diese Hoffnung erfüllt, wenn der Bundesrath und der Reichstag sich über ein System der Invalidenversicherung einigen wird, so wird es viel leichter werden, eine Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes in Angriff zu nehmen. Auf diesen Zeitpunkt möchte ich den Vorredner verweisen und bitte ihn, auch in Süddeutschland seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß man erst den Fortgang unserer sozialpolitischen Gesetzgebung abwarte, dann wird es leichter sein, das Unterstützungswohnsitzgesetz zu revidiren.

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Zu Kap. 12 (Reichsgesundheitsamt) bemerkt

Abg. Richter (Hr.): Es ist mir in der vorigen Session nicht möglich gewesen, auf die Angelegenheiten, welche ich wegen meiner Pensionierung bezüglich der Pensionverleihung anzufragen, zu antworten. Ich bin seitdem vielen Angriffen ausgesetzt gewesen, daß ich gewissermaßen mit den Belohnungen unter einer Decke stehe. Gegenüber den Angriffen auf meine Ehre, die ich mir erlaube, nachdem er vom Reichsgericht an das Landgericht zu Elbing zurückverwiesen war, mit Freisprechung sämtlicher Angeklagten geendigt hat. Der Staatsanwalt hat selbst in allen wesentlichen Punkten die Anklage fallen lassen. Ich wünsche nun, daß der Reichstag auf diesem Gebiet endlich ein Ende gemacht werde. Jetzt weiß ein großer Theil der Richter nicht, woran er ist. Das Reichsgericht hat nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ am 30. Januar entschieden, daß die französischen gallischen keine eingeführt werden dürfen. Dies Gallische wird von der französischen Regierung mit allen Mitteln begünstigt, sie ernährt sogar den Steuerfuß für den dazu nöthigen Zucker. Aber das Gallische hier im Lande ist vom Reichsgericht nach Lage der Verhältnisse für starkart erklärt worden. Es handelt sich hier um eine nationale Frage: wir begünstigen das Ausland gegenüber unseren Bundesleuten bei Operationen, die nach dem Widerspruch der Gelehrten und Sachverständigen vollständig erlaubt sind. Ich möchte den Staatssekretär bitten, dieser Sache seine Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.

Staatssekretär von Boetticher: Ich kann erklären, daß wir die außerordentliche Bedeutung dieser Angelegenheit anerkennen und ihr von neuem unsere Aufmerksamkeit zuwenden haben. Die Reichsregierung ist bereits mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs beschäftigt, welcher die Zulässigkeit und Unzulässigkeit der Zuckers zum Wein festlegt, und damit wird diese Seite der Frage im ganzen Umfang beseitigt werden. Die Materie ist, wie der Vorredner angegeben wird, außerordentlich schwierig, um so mehr, je mehr man die Chemie und die Chemiker im Stich lassen. Der Gesetzesentwurf wird sich in der Hauptsache mit der Frage beschäftigen, welche Zucker bei der Weinbehandlung als unzulässig angesehen werden sollen und welche solche als verboten erklären. Ob es möglich sein wird, bestimmte Methoden der Weinbehandlung für zulässig, andere für unzulässig zu erklären, kann ich noch nicht übersehen. Ich habe in dieser Beziehung keine allzu großen Erwartungen. Jedenfalls wird die Beratung des Gesetzesentwurfs, der vorgelegt werden wird, Gelegenheit geben zu weiterer eingehender Diskussion, und ich werde mich freuen, wenn es gelingt, dem Weinhandel dadurch eine sichere Basis für seine Operationen zu geben.

Abg. Dr. Winkler (Hr.): Ich bin dem Herrn Staatssekretär außerordentlich dankbar dafür, daß er eine Erfüllung der Wünsche auf gesetzliche Regelung der Frage in Aussicht gestellt hat, und ich bin mit dem Abg. Richter darin einverstanden, daß Bedenken im Hause das Bedürfnis hierzu fuhrt. Es ist ganz richtig, daß sich bei Anwendung des Weinsteuergesetzes eine ganze Anzahl von Hauptbedenken herausgestellt hat, aber wir haben auf dem Wege der Legislation — das heißt doch hier konstatirt werden — eine Reihe von Unklarheiten auf der Welt geschafft. Wir haben durch das Reichsgerichtsurtheil von 1881, welches in seiner Art und auf seinem Gebiete ja ein berühmtes Erkenntnis ist, den Rumwein aus der Welt geschafft einfach durch die Bestimmung, daß das Reichsgericht in seiner Entscheidung sagt: „Wenn einer Rumwein fabrizirt, so ist er für Rumwein beim Verkaufe dieses Produktes dem Publikum gegenüber, nicht bloß dem Abnehmer gegenüber haltbar.“ Er ist auch dann haltbar, wenn zwar der unauflösliche Abnehmer gewußt hat, daß es Rumwein ist, wenn der Fabrikant aber zugleich wußte, daß der Abnehmer ihn nicht als Rumweinprodukt kaufen werde. Dadurch ist aber auch der Rumwein von der Bildfläche verschwunden. Ein zweites Reichsgerichtsurtheil vom Anfang dieses Jahres hat eine Fülle von Unklarheit nach anderer Richtung hin beseitigt. Wie schon der Abgeordnete Richter gesagt hat, soll der gallische Wein danach in Zukunft unter den Paragraphen 10 des Weinsteuergesetzes fallen und als gefälschter Wein betrachtet werden, und wenn er nicht als solcher bezeichnet wird, der betreffende Verkäufer strafbar sein. Es ist nicht bekannt, daß die Wissenschaft, oder die Praxis, daß die Sachverständigen in dieser Beziehung eine andere Ansicht hätten, im Gegentheil, diese Entscheidung des Reichsgerichtes hat sich ganz auf der Höhe und dem Niveau der Materialien der technischen Begründung der Sache.

Nach diesem Material, welches von wissenschaftlichen Sachverständigen herrührt, ist es unabweisbar, daß derartige Wein als Rumwein betrachtet werden muß. Es bleibt allerdings die Frage, bei welchem Verschnitt ein Wein noch als der ursprüngliche Wein gelten kann. Darüber gehen die Meinungen außerordentlich weit auseinander. In dieser Beziehung bestehen noch Unklarheiten, welche zu dem höchst bedauerlichen Umstande geführt haben. Im allgemeinen geht bei uns die Meinung dahin, daß sogenannte verschüttete Weine im wesentlichen den Charakter der Weine haben müssen, als welche sie verkauft werden. Ich wiederhole, ich bin außerordentlich erfreut, daß uns Maßregeln in Aussicht gestellt sind und Bestimmungen darüber, was erlaubt ist und was verboten.

Der Titel wird hierauf bewilligt, desgleichen der Rest der Verhandlungen des Reichsgesundheitsamts sowie das Reichs-Versicherungsgesetz.

Kap. 13b betrifft die neu zu gründende „Physikalisch-technische Reichsanstalt“. In 8 Titeln werden an dauernden Ausgaben 100 432 Mk. gefordert, desgleichen in Titel 8 und 9 des Extraordinariums 480 000 Mk. und 120 000 Mk. Die Diskussion über alle diese Postitionen wird verbunden.

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.): beantragt die geforderten dauernden Ausgaben zu streichen, hingegen „zu persönlichen, sachlichen und vermischten Ausgaben 75 000 Mk.“ zu bewilligen.

Abg. Dr. Sattler: Der von mir und meinen politischen Freunden hier gestellte Antrag bewegt sich durchaus auf dem Boden, von dem wir bei der früheren Kommissionsberatung ausgegangen sind. Wir haben uns nicht davon überzeugen können, daß es richtig sei, bereits für 1887/88 die Besoldungen der Beamten vollständig festzulegen. Wir schlugen damals schon vor, statt der Besoldungen der Regierung ein Pauschalquantum zur Verfügung zu stellen, welches ausreichte, die Bedürfnisse für 1887/88 zu decken. Daß wir dann den richtigen Weg betraten hatten, dafür konnte ich Ihnen die Worte des Herrn Kultusministers von Goltz im Plenum anführen, welcher zwar in erster Linie für die Forderung der Regierung eintrat, im Uebrigen aber unsern Antrag in zweiter Linie billigte. Ich empfehle Ihnen daher meinen Antrag zur Annahme.

Abg. Frhr. v. Hertling: Meine politischen Freunde und ich sind nach wie vor der Ansicht, daß die Zwecke, welche hier besonders in den Vordergrund gestellt worden sind, die Untersuchung über eine elektrische Maßeinheit und elektrische Messungen, auch durch Privatgelehrte zum Ziele geführt werden können. Speziell die gedachten Untersuchungen betreibt ein hervorragender Vertreter der Physik in einer Anstalt, welche durch Mittel eines Einzelfachlers unterhalten wird. Die Zwecke, welche hier verfolgt werden sollen, sind gewiß werthvoll, können uns aber nicht veranlassen, für eine von Reichsmitteln an organisierte Anstalt zu stimmen.

Abg. Dr. Wille (Hr.): Wir sind im Gegentheil der Ansicht, daß die gewollten Zwecke eben nicht auf dem von Herrn von Hertling bezeichneten Wege zu erreichen sind, sondern daß sie nur erreicht werden können für die Wissenschaft sowohl, wie für wichtige Theile unserer industriellen Thätigkeit durch eine Centralanstalt des Reiches, wie sie hier empfohlen wird. Meine politischen Freunde und ich nehmen diesem von Herrn von Hertling, unseren früheren Antrag, der nur als Nothbehelf gelten sollte, einbringen, weil eine Gefahr der gänzlichen Nichtbewilligung diesmal nicht vorliegt. Wir sind überzeugt, daß sich die Wirkungen einer physikalisch-technischen Reichsanstalt immer segensreicher herausstellen werden.

Staatssekretär von Boetticher: Ich habe natürlich in erster Linie die Forderung der Regierung zu vertheidigen, und ich bin auch persönlich überzeugt, daß Sie mit gutem Gewissen die volle Summe, die hier verlangt wird, bewilligen können, und daß es unethisch ist und materiell keinen Zweck hat, den Antrag Sattler anzunehmen und dadurch ein Pauschalquantum zu bewilligen, welches propter 25 000 Mk. niedriger gegriffen ist als die Reaktionsforderung. Der Abg. Sattler hat seinen Antrag wesentlich damit begründet, daß er sagte: im Jahre 1887/88 sollte diese Anstalt erst errichtet werden, und es sei also gar nicht anzunehmen, daß bereits in diesem Jahr Beamte angestellt werden, welche die ganze von der Regierung geforderte Summe

absorbieren. Das ist richtig, aber die Folge einer Kürzung der Regierungsforderung würde die sein, daß wir nun überhaupt gar keine Beamten anstellen können. Alle Einnahmen, die wir daraus ergeben, daß eine Anstellung nicht erfolgen kann, bevor die Anstalt gegründet ist, kommen ja doch der Reichskasse zu Gute. Sie mögen die Regierungsforderung bewilligen oder nicht. Und wenn die Dinge nun so liegen, daß wir bereits am 1. Oktober laufenden Jahres in die Lage kommen sollten, nach Maßgabe der Organisationsarbeiten wirklich die Anstalt definitiv einzurichten, z. B. aus Beamten anzustellen, so würden wir durch die Annahme des Sattler'schen Antrages genötigt sein. Dazu scheint mir kein genügender Grund vorzuliegen, denn auch der Herr Abgeordnete Sattler wünscht, daß die Anstalt definitiv in's Leben gerufen werde, und er ist bereit, Gelder zu bewilligen für den nächsten Etat von 1888. Also, ich glaube, Ihnen nachgewiesen zu haben, daß es materiell eigentlich keinen Unterschied hat, wenn Sie jetzt nur das Sattler'sche Postulat bewilligen. Damit will ich aber nicht zurückfallen, daß, wenn Sie diesen Antrag annehmen, wir damit auch wirtschaftlich können. Nun kommt es bezüglich darauf an, daß der Reichstag seine Zustimmung zu der Begründung erklärt und daß er durch Bewilligung der Mittel, sei es auch parastatlicher, die Anstalt ausrichtet, daß er künftig bereit ist, die nötigen Anstalt Beamten zu bewilligen. Zu den Ausführungen des Abg. Frhr. v. Hertling kann ich mir wohl nach den weitgehenden Verhältnissen im vorigen Reichstage jedes Wort erlauben. Ich glaube, daß die Nothwendigkeit und Nützlichkeit dieser Anstalt damals überzeugend nachgewiesen wurde, namentlich auch durch die beigefügte Denkschrift, daß, wer sich überzeugen lassen will, dazu vollständig Gelegenheit gehabt hat. Wenn Herr v. Hertling heute gemeint hat, daß ein Theil der Anstalt, welche die Anstalt erstreckt, im Wege der wissenschaftlichen Fortbildung erreicht werden kann, so kann ich dies in gewisser Beziehung zugeben. Ich will aber dabei bemerken, daß die Fortschritte, von denen er gesprochen hat, sich nur auf einen sehr kleinen Theil des ganzen großen Gebietes erstrecken, daß die Anstalt in's Auge faßt. Jedenfalls würde es der Wirksamkeit nicht möglich sein, die Arbeiten dieser Anstalt zu entbehren. Auch würde es unmöglich sein, die Arbeiten privater Forschung so außer Acht zu lassen und das wirtschaftliche Leben zu machen, wie es durch diese Anstalt ermöglicht wird. Ich bitte Sie also, genehmigen Sie die Mittel entweder in Form der Regierungsvorlage oder in Form des Antrages Sattler.

Abg. v. Bennigsen: Der Antrag des Herrn Abg. Sattler hat die bestimmte Tendenz, das Institut, welches hier gefordert wird, grundsätzlich zu bewilligen; es wird dadurch die ganze Summe, welche auch im Extraordinarium gefordert wird, bewilligt. Aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs geht so viel zweifellos hervor, daß es nicht möglich sein würde, die hier an persönlichen und sachlichen Angaben geforderten Summen vollständig auszugeben; selbst wenn es gelungen sollte, — was auch zweifelhaft erscheint — in der That schon mit der Anstellung von einzelnen Beamten vorzugehen, wurde auch nur ein Theil der Summe verwendet werden können. Da nun unter diesen Umständen gar kein Zweifel darüber bestehen kann, daß mit der grundsätzlichen Genehmigung des ganzen Instituts für das nächste Jahr auch die entsprechenden einzelnen Sätze an persönlichen und sachlichen Ausgaben, von denen, welche die Annahme ausgeprochen, vollständig bewilligt werden müssen, so, glaube ich, ist es doch richtig, daß man in diesem Augenblicke nur eine Vorschusssumme bewilligt, und insbesondere — das wird der Herr Staatssekretär zugeben — in einer Höhe, welche zur Verwendung, so weit sie nöthig ist, ausreicht.

Abg. Frhr. v. Hertling legt gegen den Vorwurf Protest ein, als ob er und seine Freunde tendenziell der Bewilligung widersprächen; man könne nicht nach den Worten des Staatssekretärs, daß, wer sich habe überzeugen lassen wollen, überzeugt sein könne, meinen. Nach seiner politischen Freunde und wissenschaftlichen Kollegen Meinung seien aus der früheren Debatte zwingende Gründe nicht hervorgegangen.

Hierauf wird nach Ablehnung der Forderungen der Regierung, für welche sich nur die Freisinnigen erheben, der Antrag Sattler mit großer Majorität angenommen; ebenso die beiden oben erwähnten Postulate des Extraordinariums.

Im Verlauf dieser Debatte hat Fürst Bismarck den Saal verlassen.

Der Rest des Etats des Reichsamtes des Innern wird debattirtlos genehmigt.

Es folgt der Militäretat, soweit derselbe nicht kommissarisch voranberathen ist. Die ersten Kapitel werden einstimmig bewilligt. Beim Kap. 31 (Verpflegung der Ersatz- und Reserve-Mannschaften) nimmt das Wort

Abg. Tempel (nl.): Im vorigen Jahre hat der Reichstag die Resolution gefaßt, die Regierung zu ersuchen, baldmöglichst einen Gesetzentwurf über die Unterbringung der Familien der zur Uebung einbezogenen Reservisten vorzulegen. In den Entschlüssen des Bundesraths auf die Beschlüsse des Reichstages vom vorigen Jahre heißt es nun, daß die Ueberarbeitung eines bezüglichen Gesetzentwurfs eingeleitet sei. Diese Frage ist von großer Wichtigkeit für weite Kreise der Bevölkerung und ihre glückliche Lösung würde nur dazu beitragen, den patriotischen Sinn der Bevölkerung zu erhalten, während andernfalls eine große Unzufriedenheit entstehen kann. Ich richte deshalb an die Regierung die Anfrage, ob der betreffende Gesetzentwurf dem Reichstag bald zugehen wird.

Kriegsminister v. Capelle: Es ist innerhalb der Reichsregierung Einverständnis darüber gewesen, daß die Angelegenheit nicht in den Etat des Kriegsministeriums und des Reichsleeres gehört, sondern daß es eine Sache der inneren Verwaltung wäre, und deshalb hat auch das Reichsamt des Innern die Arbeiten hierfür in die Hand genommen. Der preussische Minister des Innern und die anderen Bundesregierungen sind vom Reichsamt des Innern zu weiteren Aufschlüssen aufgefordert worden. Da die Vorlage auch eine finanzielle Ueberbelastung mit sich bringt, auch der finanzielle Effekt vorher festgestellt werden. Neuerdings ist auch die Thätigkeit des Kriegsministeriums herausgearbeitet worden und deshalb sind die Beileidskommandos aufgeführt worden, durch Nachfrage bei den Civilbehörden festzustellen, wie viele von den Familien der im letzten Etatsjahre einberufenen Mannschaften — ausgeglichen war dabei die außerordentliche Gubernation im Februar — also der im vorigen Sommer einberufenen Mannschaften der Unterstützung bedürftig gewesen sind und in welchem Maße sie es gewesen sind. Wenn darüber herrscht allgemeines Einverständnis, daß eine solche Unterstützung nur im Falle einer Bedürftigkeit und nicht gewissermaßen als Lohn eintreten darf. Die Ermittlungen über den Gesetzentwurf sind noch nicht abgeschlossen. Sie können aber überzeugt sein, daß diese Angelegenheit den verbundenen Regierungen ebenso am Herzen liegt, wie dem Reichstag, und daß die Vorlage so schnell wie möglich herbeigeführt werden wird. Einen bestimmten Termin dafür kann ich allerdings nicht angeben, da sich die Arbeiten noch im Stadium der Vorbereitung befinden.

Abg. Richter (fr.): Ein allgemeines Einverständnis herrscht bisher darüber nicht, daß die Entschädigung nur im Falle der Bedürftigkeit und nicht als rechtlicher Anspruch gegeben werden soll. Es wäre vielmehr gerechtfertigt, daß die Reservisten und Landwehrmänner höhere Kompetenzen erhielten als die übrigen Mannschaften. Die Sache hat aber technische Schwierigkeiten und wir können auf diese Materie erst näher eingehen, wenn der Gesetzentwurf vorliegt. Ich möchte noch einen anderen Punkt vorbringen. Bränglich der Entschädigung der Familien der Landwehrmänner und Reservisten im Kriegsfalle besteht noch immer das alte preussische Gesetz mit seinen noch heutigen Verhältnissen durchaus unzureichenden Gehältern. Schon der Vorgänger des Herrn Kriegsministers hat sich im Jahre 1878 mit einer Revision dieses veralteten Gesetzes beschäftigt, seitdem haben wir aber nichts mehr davon gehört. Gerade bei den jetzigen ersten anwachsenden Verhältnissen muß eine solche Revision des Gesetzes in's Auge gefaßt werden; nicht wäre, dieselbe in dem Augenblicke vorzunehmen, wo das Gesetz praktisch zur Anwendung kommt. Im Jahre 1870 haben wir das alte Gesetz schon durch mehrere Änderungen verrotheten müssen. Ich frage deshalb den Herrn Kriegsminister, ob in Bezug auf diese Revision irgend welche Vorarbeiten gemacht sind.

Kriegsminister v. Capelle: Wenn ich zunächst auf den Punkt der Revision des Herrn Vorredners eingehe, daß kein Einverständnis darüber herrsche, daß die Unterstützungen nur im

Falle der Bedürftigkeit gezahlt werden sollen, so glaube ich doch in so fern Recht zu haben, wenn ich im allgemeinen Einverständnis darüber voranstehe, als bisher kein Widerspruch dagegen geltend gemacht worden ist. Das ist nun gegeben, und wir werden uns später darüber unterhalten können. Die Entschädigungen werden aber nach Maßgabe der Bedürftigkeit gezahlt werden müssen, denn es ist ein Unterschied, ob ein Landwehrmann nur eine Frau zurückläßt — dann bedarf er vielleicht keiner Unterstützung — oder ob er noch fünf bis sechs Kinder hat. Die Frage der Bedürftigkeit ist gerade die allerwichtigste, da weniger Bedürftige nicht so viel erhalten dürfen, wie die Bedürftigeren. Wenn indeß dieser Grundsatz bestritten wird, so werden wir ihn bei Verlage des Gesetzes weiter zu vertreten haben. Die Frage, ob eine höhere Löhnung den Mannschaften gezahlt werden soll, ist eine neue, die heute erst aufgeworfen ist. Ich habe mirerleits nichts dagegen, daß dieselbe in Anregung gebracht und damit ein Antrag gestellt wird. Was die Frage der Revision des Gesetzes über die Unterstützung der Familien der Reservisten und Landwehrmänner im Kriegsfalle betrifft, so ist dieselbe jetzt vor einigen Monaten bereits von neuem zur Erörterung gegeben worden unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Sätze, weil diese Sätze auch nach Ansicht der Regierung für den heutigen Geldwerth vollständig unzureichend sind. Und wenn ich sagen darf, daß das Kriegsministerium auch hierin wieder formell in zweiter Linie steht, so darf ich es mir doch zur Ehre anrechnen, diese Frage von neuem wieder angeregt zu haben, weil ich es für einen großen moralischen Vortheil ansehe, wenn der Mann, der im Felde steht, die möglichste Sicherheit hat, daß für seine Familie genügend gesorgt ist. (Beifall.)

Der Rest des Militäretats, soweit er nicht der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen ist, wird ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung Freitag, Nachmittags 1 Uhr. (Dritte Lesung der Militärvorlage, Etats der Marineverwaltung, der Reichsjustizverwaltung, des Reichsschatzamts, des Reichsausschusses, des Reichsfinanzamts und der Reichsdruckerei.)

Schluß 4 Uhr.

Großbritannien.

London, 8. März. Ueber die bisherigen Erfolge der Konferenz der Unionisten und Gladstonianer gehen die Meinungen noch immer weit auseinander. Jetzt wird von unterrichteter Seite gemeldet, daß, wenn auch die Theilnehmer an den Verhandlungen hoffen, daß eine Annäherung stattfindet, dennoch die jetzt ein modus vivendi nicht gefunden ist. In den zwei ersten Sitzungen wurde von allen Seiten die Dringlichkeit der Lösung der irischen Verwaltungs- und Agrarfrage anerkannt, und als die Konferenz nach der Eröffnung des Parlaments wieder zusammentrat, konnte man sich nicht vereinigen, daß die Gladston'schen Vorlagen das Haupthinderniß des Fortschritts der Verhandlungen bildeten. Die Homeoffice-Mitglieder schlugen deshalb mit Gladstone's Zustimmung vor, diese Vorlagen einstweilen als nicht existirend zu betrachten, worauf beschloffen wurde, einen neuen Plan auf Grundlage dessen, worüber sich die Konferenz einigen würde, aufzubauen. Die Unionisten betrachten dies als erhebliche Konzeßion. Die Konferenz tritt zwei oder drei Mal die Woche zusammen, und verfährt man bei den Beratungen in der Weise, daß die ständigen Punkte einstweilen zurückgelegt werden, bis alle Fragen, worüber Einigkeit herrscht, festgestellt sind. Es ist auf diese Weise freilich immerhin möglich, daß schließlich über die Hauptpunkte von keiner Partei nachgegeben wird und die Konferenz reputationslos verläßt. Der Marquis von Hartington wird über die Fortschritte der Verhandlungen auf dem laufenden erhalten; es ist jedoch wohl zu beachten, daß er sich durch die Erklärungen Chamberlain's und Sir George Trevelyan's nicht für gebunden erachtet.

Der über die Bewegungen der Revolutionäre gewöhnlich gut unterrichtete Londoner Korrespondent der „Yorkshire Post“ schreibt: „Einige der Irish-Americaner, welche vor der Emigration des Lord Frederick Sarsfield bei Westminster auftraten, machen sich wieder in dieser Gegend viel zu schaffen. Scotland Yard (das Detective-Bureau) ist nicht weit entfernt, und wenn diese Herren aus den freien Gefilden Newyorks nicht bald England verlassen, so können sie noch den schäblichsten Vortheil genießen, von einer englischen unbefugten Jury prozessirt zu werden.“

In Galway wurde gestern Abend eine Abtheilung Militär von einem Pöbelhaufen mit Knütteln und Steinen angegriffen und zum Theil zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Die Soldaten flüchteten sich in Läden und Privathäuser. Zum Glück erschien die Polizei rechtzeitig und verhinderte weitere Ausschreitungen. In der Stadt herrscht ungeheure Aufregung.

Von dem an Wahnwitz grenzenden Hass, welchen ein Theil der irischen Presse gegen England predigt, mag folgende geben: „Wir haben wiederholt es als unsere unänderliche Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Engländer eine Nation von Schurken sind — die grundschlechtesten, unethischsten und niedrigsten Nation der Welt. Kein Einzelner ist zu gütlichem Mienenspiel zu stark für diese Nation unverbesserlicher Uebelthäter. Wir halten es für unsere Pflicht, dieses bei jeder Gelegenheit zu wiederholen. Das Vergehen dieser Wahrheit hat Schuld an allem Unglück Irlands. Als die irische Nation diese Wahrheit nicht zu einem politischen Glaubensbekenntnis erhebt, ist die Unabhängigkeit des Landes unmöglich. Man kann über Engländer keine gute Meinung hegen. Die unteren Klassen in England sind Vieh, die mittleren Schwindler und die Aristokraten verrottete und entartete Lumpen. Nichts wird einer Nation von Schwindlern Ehrlichkeit beibringen, als die slavische Furcht vor einem jähem, blutigen, gewalthamen Tode.“

Der „Standard“ kommt noch einmal zurück auf Lord Salisbury's Aeußerung, daß die Friedensansichten in den letzten Wochen „glänzender“ geworden seien und begründet sie in der folgenden, etwas eigenwilligen Weise:

„Lord Salisbury erkennt, wie die übrige Welt, die Thatlage an, daß sich der politische Horizont im Westen Europas bedeutend aufgehellt hat. Wahrscheinlich aber hatte er noch andere Gründe für seine Erklärung, die er nicht mittheilen durfte. Wir brauchen nicht so zurückhaltend zu sein. Die Erhaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel ist wahrscheinlich geworden, theils weil das Volk und die Regierung Bulgariens bereit haben, daß man sie nicht angegriffen mit Füßen treten darf, theils weil die Rumänen auf der Hut sind, die Neutralität ihres Landes zu schützen, theils weil weitere Rathschläge in der letzten Zeit in Konstantinopel die Oberhand erlangt haben, besonders aber, weil Oesterreich seine Pflicht that und seine Kräfte energisch betreibt und entschlossen ist, seine Interessen gegen russische Aggressivitäten zu verteidigen. Alle diese Ermüdungen konnten natürlich in der Rede des Premierministers keine Stelle finden, wenn er die Stimmung in England nicht reizen wollte. Wahrscheinlich hat nun Lord Salisbury aber noch eine andere Frage vorgelegt. Angenommen, der Zar entsandte ohne Rücksicht auf geschlossene Verträge, einzig getrieben von dem bekannten traditionellen russischen Ehrgeiz, die Kriegsfackel im Südosten Europas. Angenommen, die Bulgaren stellten sich zur Wehr; die Rumänen verteidigten ihr Gebiet; der Sultan hüffe seine bulgarischen Vasallen; Oesterreich stehe dem Angreifer in die Klauen und Klauen erhebe sich, 100 000 Mann zum Schutze der europäischen Interessen zu senden: würde das englische Volk den kalten und theilnahelosen Zahlen spielen, wenn Oesterreich, die Türkei und Italien unter der schweigenden Zustimmung Deutschlands sich der Flut der russischen Angriffe entgegenwären? Hierauf giebt es nur eine Antwort: England würde sicherlich seinen Antheil übernehmen, die Frei-

heit der Bulgaren zu beschützen und zu verhindern, daß die Balkanhalbinsel dem Fluge einer russischen Invasion ausgeleert wird. Galt dieses der Fall wäre, wer möchte glauben, daß der Zar den Weltfrieden zerstören würde, eine solche Kombination heranzuführen?“

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 7. März. Die letzten bulgarischen Ereignisse haben in der hiesigen Presse eine große Erregung hervorgerufen. Die Mehrzahl der Blätter kommt dahin überein, daß die Zustände im Fürstenthum unrettbar geworden seien. Die „Russ. Ned.“ nennen Bulgarien ein Land, das sich „durchsichtlich in Gefangenschaft“ befindet: die Hingabe der bulgarischen Intelligenz, die Hingabe der Armee seien entweder auf der Flucht oder gefangen oder untergegangen; das „Stoffkommando“ und seine Kreaturen herrschen, von „Europa“ getrennt, umschlossen und abgelehnt; das Land werde völlig ruinirt durch die „Krauterei“ der Pseudorepublik. Ueber die wiederum unterdrückte „Bewegung der Patrioten“ sagt dann das Blatt:

„Die in Silistria so unglücklich unterbrochene Bewegung hat sich auf das ganze Fürstenthum erstreckt. Aus sicheren Quellen ist uns bekannt, daß allenthalben Proteste gegen die illegale Staatsgewalt vorbereitet wurden. Die Anführer der Bewegung wollten kein Blutvergießen und wählten den Augenblick ab, wo die Bewegung stark genug geworden war, um durch eine einzige Manifestation der abnormen Sachlage ein Ende zu bereiten. Die Pseudoregenten konnten nicht umhin, von der allgemeinen Antipathie gegen sie zu wissen. Zum Unglück, so wird uns mitgetheilt, wurde ein Brief aufgegeben, und dem zu erkennen war, daß in Silistria eine regierungseindliche Demonstration vorbereitet wurde. Der Kommandeur der Garnison Kapitän Chrestov, sowie die anderen Offiziere, wurden sofort abgesetzt. Nun beistehen sie sich, die Demonstranten gegen die Regierungsthatthätigkeit in Scene zu setzen. Das war am 17. Februar. Aus Kalarasch in Rumänien, Silistria gegenüber, telegraphirte man uns am selben Tage: „Die Bevölkerung des ganzen Bezirks von Silistria jubelt.“ Die Garnison von Schumla war nicht minder bereit. Doch auch dort wurden die kommandirenden Offiziere durch neugeborene ersetzt. Alles andere ist bekannt. Wir können nicht anders als den Mißerfolg des Unternehmens bedauern, welches Bulgarien von schweren Banden befreien sollte und zwar ohne Blutvergießen, bloß durch eine allgemeine feierliche Manifestation seiner bewaffneten Kräfte. Wir beweinen die Opfer der letzten Ereignisse; aber wir werden nicht behaupten, daß diese Opfer umsonst gewesen sind. Die Idee der Anführer der Bewegung hat sich nicht so realisiert, wie sie es hofften, aber sie hat das Jüdische gethan; sie hat Allen die Augen geöffnet; sie hat das Volksempfinden geklärt, die Geister einander genähert, ihnen eine Richtung gegeben. In diesen wenigen Monaten ist das politische Bewußtsein in Bulgarien mehr gereift, als in den 7 Jahren der Unthätigkeit Bulgariens mit seinem Battenberger, seiner Konstitution und seinem Patriarchen.“

Die „Nowoje Wremja“ notirt Gerüchte, nach welchen der Aufstand durch den Verath der Rumänen mißglückt wäre, da die Rumänen in Folge ihrer „slavischen Unterwürfigkeit vor Oesterreich und Deutschland“ und um hier zu Gefallen zu handeln, die Pläne der Aufständischen nach Sofia denuncirt hätten. Der ganze Aufstand wäre demnach nichts gewesen als eine Fäule.

„Jetzt ist zwischen den bulgarischen Parteien — Blut. Die Verantwortlichkeit lastet mit aller Schwere auf den Regenten und auf jenem Auenturier, jenen deutschen Prinzen, der das Gold zusammenwarf, wo es ihm gegeben wurde. Der Protektor wäscht seine Hände in Unschuld und rechnet darauf, die gehorsame Heerde in seine Hände zu bekommen. Die Heerde wird wahrscheinlich auch von Angehörigen fremder Stämme und eigenen Abenteurern geleitet werden: Man müsse die Heerde entweder schlachten oder scheeren. Dapen sind die bulgarischen Sitteengenten vollkommen überzeugt, doch ihr Loos ist leicht vorauszu sehen. Es ist kein Bedenkenwerthes. Die von ihnen aufgestellten Stockschläge und das von ihnen vergossene Blut werden ihren Einfluß auf ihr Schicksal nicht verhehlen.“

Auch die Worte also sei im Bündnis Europas, rufen die „Petersburger Bedomosti“ aus, und die Wifion Riza Bey sei also nur eine Wifion Europas gewesen:

„Wir kennen Riza Bey als einen der aufrichtigsten Anhänger Russlands in der gegenwärtigen Periode. Doch jetzt, wenn Riza Bey nach Europa unter Vermittelung der Wifion zurückkehren, überzeugen wir uns, daß die Wifion in eine uns fremde und feindliche Stimmung gegen uns ist und fangen an, an den Protest gegen die Entsendung Riza Bey zu glauben. Wenn dieser außerordentliche Bevolmächtigte nach Sofia gegangen ist, um ein Einverständnis nach dem Programm Central-Europas zu erzielen, so ist er nicht für uns, sondern für Europa dahin gegangen, und kann dieser Schritt eine russisch-türkische Annäherung nur schädigen. Seine Mission ist um so schädlicher, als sie nicht geteilt ist und (wie wir zu hoffen wegen) der Unterstützung von von Seiten Russlands entbehrt.“

Wenn die andern Blätter Sympathien für einen Theil des bulgarischen Volkes ausdrücken, so will der „Grassdank“ von ihm nichts wissen.

Wir lesen im „Tagebuch“ unter dem 20. cr.: „Krieg in keinem Falle; in keinem Falle auch Intervention oder Okkupation — das ist im Augenblick die Lösung der russischen Regierung und keine Macht der Erde wird diesen Entschluß werden machen. Mag Bulgarien zu Grunde gehen, mag es thun, was es will — Rußland wird seinen Finger nicht rühren. — Wie — hält mir ein Freund vor — unmöglich werden wir Bulgarien zu loss lasen? — Schicken und keinen Finger rühren. — Gewiß, und möge es alle Teufel kosten! — Aber wie denn? Dann werden wir es in für immer verlieren? — Warum für immer? Es wird ein Tag kommen, wenn Bulgarien nothwendig sein wird, als Operationsbasis; dann werden wir es als Wahrscheinlichkeit nach wohl befehlen, ohne irgend Jemand zu fragen. Aber bis dahin — was soll und da Bulgarien? Mag es thun und werden, was es will! Mag es selbst ein Theil Oesterreichs werden. Nein, es irren und werden sich gewaltig irren alle die geheimen Faktoren und Leiter der Unruhen in Bulgarien, die heute durch Revolutionen und morgen vielleicht durch die Proklamirung des Prinzen Alexander Battenberg seitens der Großen Ghoranje zum Könige beider Bulgarien — darauf rechnen, Rußland in das bulgarische Wirbel hineinzuziehen.“

Parlamentarische Nachrichten.

§§ Die Budgetkommission des Reichstages berathet heute Vormittag den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung. Der gesamte Etat wurde in dieser einen Sitzung erledigt, was nur dadurch möglich war, daß alle prinzipiellen Entscheidungen bei Seite blieben und Ausführungen unterlassen wurden, welche von vorn herein praktisch ansichtslos wären. Die von der Kommission beschlossenen Abträge bezogen sich auf drei Neubauten beziehungsweise Dauererweiterungen. Die erste Räte zur Herstellung eines neuen Post-Dienstgebäudes in Königs in Westpreußen mit 63 000 Mk. wurde abgelehnt, obwohl in den Motiven gesagt ist, daß eingeleitete Bauarbeiten des gegenwärtig in Gebrauch befindlichen, schon aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts stammenden Dienstgebäudes sich in gefährlichem Maße befinden. Ebenso fand die Forderung von 80 000 Mk. als erste Räte zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Myslowitz keine Zustimmung. Endlich wurde auch die Forderung von 143 622 Mk. zur Vergrößerung des Postamtgebäudes in Danzig abgelehnt. Hier handelte es sich um die Erweiterung eines dem preussischen Kaiserthum gehörigen Hauses, des einzigen, welches an das Danziger Postamt angrenzt. Die Forderung für das Postgebäude in Weimar wurde auf Antrag des Abg. Sattler um 45 000 Mk. gekürzt, so daß die Abträge sich insgesamt auf 331 622 Mark belaufen. — Die Kommission befaßte als Reserven für den Herrschaft der Abg. Graf Dönhof und Abg. für den Minister der Abg. Freiherr v. Vogler und Rade, für den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung die Abg. v. Bredel-Matthow und Witte, für die allgemeine Verwaltung die Abg. Freiherr v. Hume und Sattler.

— Die Anträge Klein-Matthow lauten: I. Das Herrenhaus solle beschließen, nachstehenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben:

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some faint smudges and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page is bound into a dark, possibly black, inner cover material. There is no text or other markings on the page.

23

10